



Presseinformation

12. August 2003

Klaus-Peter Puls (SPD) und Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen):

Gemeindefinanzreform nachbessern!

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag kritisieren die Pläne der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen und fordern die Landesregierung auf, den Vorschlägen in der vorliegenden Fassung im Bundesrat nicht zuzustimmen, sondern sich für die Ausrichtung der Reform an dem von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Nordrhein-Westfalen vorgelegten Modell „Modernisierte Gewerbesteuer“ einzusetzen.

Die Regierungsfractionen werden einen entsprechenden Antrag in die nächste Sitzung des Landtages einbringen, in dem sie die Landesregierung des weiteren bitten werden, sich in den weiteren Beratungen im Bundesrat für eine Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage der Gewerbesteuer um gewinn- und konjunkturunabhängige Elemente einzusetzen und bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eine Verlagerung der finanziellen Mehrbelastungen des Bundes auf die Länder und Kommunen zu verhindern.

Klaus-Peter Puls (SPD) und Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen): „Wir wollen eine konsequent kommunalfreundliche Reform, für die der Bund auch finanziell Mitverantwortung übernimmt.“

Anlage: Antrag

Verantwortlich

Petra Bräutigam
Pressesprecherin der
SPD-Landtagsfraktion
Tel.: 0431/988-130;
Fax: 0431/988-130;

Claudia Jacol
Pressesprecherin der Fraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tel.: 0431/988-150;
Fax: 0431/988-150;

15. Wahlperiode

**Antrag
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Reform der Gemeindefinanzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse des Landes und seiner Kommunen den bisher vorgelegten Plänen der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform im Bundesrat nicht zuzustimmen.
2. Die Landesregierung wird gebeten, sich vor der Abstimmung im Bundesrat dafür einzusetzen,
 - dass sich die Gewerbesteuerreform durchgehend an dem Modell „Modernisierte Gewerbesteuer“ der kommunalen Spitzenverbände und des Landes Nordrhein-Westfalen ausrichtet,
 - dass durch Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage um gewinnunabhängige Elemente eine wirklich tragfähige Basis für verlässliche und konjunkturunabhängige Gewerbesteuereinnahmen geschaffen wird und
 - dass die finanzielle Mehrbelastung des Bundes bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Leistungsbezieher nicht vom Bund auf die Länder und die Kommunen zurück verlagert wird.

Klaus-Peter Puls
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion